

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreise für Monat (inkl. Post) 2 RM. (Halbmonat 1 RM.); durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsst. u. Expedition: Wälderbahnstr. 2 / Fernschreib-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Verlagsgesellschaft: Dresden-Alt. Wälderbahnstr. 2 / Fernschreib.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Deutsches Fernschreib.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 23. März 1927 Nummer 69

## Blutbad in Berlin

### Der britische Aufmarsch gegen Rußland

Kommunistische Sympathie Demonstration für die chinesische Revolution

Wichtige Anklage der Kommunisten (KPD) Berlin, den 22. März.  
Auf der Tagesordnung der Diensttagung des Reichsausschusses stand die zweite Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes. Aus diesem Anlaß gab der Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine ausführlich gewundene Erklärung ab zur außerpolitischen Lage.

Stresemann führte aus: Wir leben in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen. Diese Entwicklungen gehen nicht von den Problemen aus, die uns unmittelbar interessieren. Aber es wird zu berücksichtigen sein, daß sie eine mehr oder weniger starke Rückwirkung auch auf diese Probleme ausüben können.

Dabei denke ich an drei große internationale Fragenkomplexe. Wir leben einmal höchst bedeutsame Vorgänge, die sich im fernsten Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von einem Auseinanderbrechen zwischen zwei großen Völkern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die mit der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen.

Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen sich abzurückziehen. Ich glaube nicht, daß irgend welche akute Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die die italienische Regierung uns in diesen Tagen zugehen ließ. Aber auch die richtige Beurteilung der Dinge kann nicht verkennen, daß wir von einer ernstlichen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage noch weit entfernt sind. Wir müssen deshalb auch die dringenden Vorgänge mit Aufmerksamkeit verfolgen, die unsere Beziehungen zunächst nicht zu berühren scheinen. Die Stellung Deutschlands in diesen arden internationalen Fragen ist von zunehmender Bedeutung. Infolge der Klärung, die die außerpolitische Lage Deutschlands in den letzten Jahren erfahren hat, haben wir eine feste Grundlage für die Entscheidungen gewonnen, vor die wir künftig gestellt werden könnten. Wir können nicht wünschen, daß die Staaten Europas, wie vor dem Kriege, sich in zwei getrennten Lagern gegenüberstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbindnisse nicht in Betracht. In der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik hat sich nichts geändert. Wohin unsere Wege führen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir geschlossen haben. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Vertrag von Versailles. Wir werden uns in dieser Situation von jeder unwichtigen Einmischung fernhalten. Soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung herangezogen sein sollte, kann unter Beachtung nur darauf gerichtet sein, zur Beseitigung jener Spannungen das unsrige beizutragen. Ich betone das besonders gegenüber manchen Ansichten, die dahin gehen, daß bei einer Auseinanderziehung zwischen dritten Mächten versucht werden würde, Deutschland auf die eine oder andere Seite zu ziehen.

Stresemann gibt zu, daß sich die auswärtigen Beziehungen Deutschlands in diesen Tagen aktiv betätigen, um sich zu informieren, und daß auch in Berlin Besuche der Vertreter großer Mächte im Auswärtigen Amt stattgefunden haben. Es sei aber abwegig, daraus besondere Schlüsse zu ziehen, wie es die englische Presse tue.

Zu meiner Heberhebung haben einzelne russische Zeitungen wieder die altbekannte Frage aufgeworfen, ob Deutschland bei Vermittlungen in Ostlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Für die Frage des sogenannten Durchmarschrechtes kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundkonvention in Betracht, und zwar nach Maßgabe der ebenso bekannten Note, welche die übrigen Locarnomächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben. Andere Annahmen über diese Frage bestehen nicht. Der ganze diesbezügliche Fragenkomplex ist lange Zeit auch mit der Sowjetregierung und dann schließlich bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages Gegenstand eines besonderen Notenwechsels gewesen. Es liegt deshalb kein Anlaß zu neuen Erklärungen vor, wenn einzelne russische Zeitungen es für angebracht halten, die Wahrheit und Vollständigkeit der früheren deutschen offiziellen Erklärungen in Zweifel zu ziehen.

Seitdem ich im Reichstag das letzte Mal über die Probleme der Außenpolitik gesprochen habe, hat Deutschland an zwei Sitzungen des Völkerbundesrates teilgenommen. Gemäß ist es möglich, in allen Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt richtig zur Geltung zu bringen. Und es wären Kompromisse notwendig. Aber gerade die offene Diskussion und die Möglichkeit zu vertrauensvoller Aussprache (zu geheimen Intrigen, d. B.) mit den leitenden Staatsmännern berechtigen zu der Erwartung,

### 1 Toter und 50 Verwundete Genosse Thälmann durch einen Gabelstich niedergeschlagen

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung.)  
Zu Tausenden marschierten gestern die Berliner Arbeiter zur Protestdemonstration auf und bekundeten ihre entschlossene Bereitschaft zur härtesten proletarischen Selbstverteidigung. Die Polizei, die am Sonntag bei dem Ueberfall auf die Roten Frontkämpfer nicht erschienen war, benutzte die gestrige Demonstration, um ein Blutbad unter den proletarischen Demonstrationen anzurichten. Im Osten Berlins überfiel die Schupo einen Zug, der nach Charlottenburg demonstrieren wollte, und schoß auf einen Schritt Entfernung blindlings in die Menge ein.

1 Toter, 5 Schwerverletzte  
und eine große Anzahl Leichtverletzte waren das Ergebnis dieser Schießerei. In Charlottenburg selbst verfuhr die Polizei, die Jüge auseinanderzuprennen, Verirrte Polizeieinheiten mehrere Attaken mit gezogenen Säbeln.

Auch Genosse Thälmann, der an der Spitze des Zuges demonstrierte, erhielt einen Säbelstich über die Stirn, so daß er eine klaffende Wunde davontrug.

Insgesamt dürften 40—50 Demonstranten verletzt sein. Die bürgerliche Presse versucht natürlich, von Notwehr der Polizei zu reden. Die rote Fahne stellt dagegen durch mehrere Augenzeugen fest, daß Provokateure und Zivilauflärer der Polizei Provokationen versuchten. Selbst der Formarsch muß in seinem Bericht zugeben, daß die Roten Frontkämpfer nicht an den Provokationen teilgenommen waren. Die rote Fahne schreibt zu dem gestrigen Blutbad: Die Einheitsfront gegen die Arbeitermörder, das vergebene Arbeiterblut schreit nach einer Entscheidung. Entweder es gelingt Hindenburg und Grewingk, dem Proletariat die letzte Möglichkeit der Verteidigung zu rauben und es durch Stahlhelmer und Polizei niederzubehalten, oder der Arbeiterkampf gelingt es, den faschistischen Terror zu brechen, die Angreifer zurückzuschlagen und die einzige Kampffront für die elementarsten Grundrechte der Arbeiterherauszustellen. Vor dieses Entweder — Oder ist jeder Arbeiter, jeder Angehörige des werktätigen Volkes gestellt. Für jede Entscheidung werden sich die Massen sammeln.

Die Verhandlungsmasse in den großen Fragen bewiesen wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Wir haben vor der Tatsache, daß wir uns von der Erfüllung unseres Wunsches auf baldige Rückkehr des Rheinlandes sehr entfernt haben. Die Verhandlungen gehen außer halb, nicht innerhalb Deutschlands. Angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge ist es aber ratsam, die weitere Entwicklung abzuwarten. Das bedeutet nicht passive Resignation. Gerade im Augenblick kann ein Moment enthalten sein, das die weitere Entwicklung in anderem Sinne fördert. (Beifall in der Mitte des Saales.)

Abg. Dr. Brücker (Soz.) äußert Bedauern wegen der drohenden Kollision am außenpolitischen Horizont. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Befestigung der Mil-

Protetiert in Belegschaftsversammlungen! — Erzwinge die einheitliche Front aller Arbeiterorganisationen in diesem Kampf! — Arbeiter! Schaff in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft die organisierten Vorbereitungen für den Gegenschlag! Organisiere die einheitliche Klassenfront für den 1. und 8. Mai!

Einem Vertreter eines Berliner bürgerlichen Abendblattes erklärte der sozialdemokratische Polizeipräsident Jürgel, daß er den Stahlhelmtag am 8. Mai nicht verbieten, sondern sogar alles aufbieten werde, um jede Provokation dafür zu schaffen, daß diese Veranstaltung vor sich gehen kann. Die gestrige Schießerei auf die Demonstranten beweist, welche Voraussetzungen Jürgel meint. Dem Vorwärts gegenüber äußerte sich Jürgel, daß durch energisches Zusammenarbeiten zwischen politischer Polizei und Schupo Erfolge erzielt werden könnten. Jedenfalls werde der Polizeipräsident mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten.

Im Preussischen Landtag wurde gestern durch Widerspruch der Deutschnationalen die Befreiung des Richtersfelders Heberjells verhindert. Im preussischen Staatsrat sprach Genosse Ernst Meyer zu dem Ueberfall. Das Ministerium antwortete auf die Anklagen, denen selbst die Bürgerlichen nicht zu widersprechen wagten, mit keinem Wort. Die Regierungsvertreter verließen nach Schluß der Rede des Genossen Meyer schamlos den Saal.

Das brutale Vorgehen der Berliner Polizei, die am Sonntag gegen die anstehenden Arbeiter nichts unternahm, muß ein Signal für die gesamte Arbeiterklasse sein. Die Polizei und ihre sozialdemokratischen Helfer leben auf Kosten der Arbeiter. Die letzte Bewegungsfreiheit soll den Arbeitern genommen werden. Dann bedient sich die Bourgeoisie des faschistischen Terrors und der Polizei. Der sozialdemokratische Polizeipräsident wendet die Methoden des schwarzen Sonntags in Rußland an.

Die gesamte Arbeiterklasse muß einmütig gegen dieses Vorgehen protestieren, es darf keinen Betrieb geben, der nicht sofort in diesem unerhörten Verfall Stellung nimmt und mit aller Entschiedenheit betont, daß die Arbeiter es nicht dulden werden, für vorgeführt zu werden.

tätkontrolle habe aber die Aussichten einer Verständigung mit Frankreich verflüchtigt. Deutschland ist nicht stark genug, eine Politik der Isolierung zu treiben. Auch englisches Freundschaft mit Rußland würde nicht verhindern, daß wichtige politische Entscheidungen ohne oder gar gegen uns fallen. Wir bedauern, daß der Völkerbund in China noch nicht so eingreifen kann, daß eine Friedensgefährdung von vornherein ausgeschlossen wird. Selbstverständlich ist die russische Sympathie, ebenso wie die untrügliche für den Kampf der Chinesen um ihr Selbstbestimmungsrecht. Aber jede Revolution hat die Tendenz, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten, und objektive muß sich England bedroht (!) fühlen. Die letzte englische Note an Rußland war ein Fehler. Unnützig ist aber die Behauptung, der englische Außenminister Chamberlain habe versucht, Deutschland in eine kriegerische Koalition gegen Sowjetrußland hineinzuziehen. Wenn aber solche Absichten vorhanden wären, so müßten wir sagen: Kein Preis, den England zahlen könnte oder zahlen wollte, kann hoch genug sein, daß wir uns an einer solchen Koalition beteiligten. (Zurufe bei den Kommunisten: Na, na!) Wir denken aber auch nicht daran, uns zum Vorkampfbataillon Rußlands in Europa zu machen, oder dem Ausdehnungsdrang der Sowjets anders gegenüberzutreten als dem des englischen Kapitalismus. Unsere turnhohe Freundschaft mit Rußland hat uns 1923 nichts genützt.

Der Redner empfiehlt eine Verständigung mit Polen. Den jugoslawisch-italienischen Konflikt führt er auf friedensfördernde Absichten Mussolinis zurück. Die letzten Genfer Verhandlungen seien ein deutlicher Mißerfolg gewesen. Die Reichsregierung habe das deutsche Recht auf Schulen in Polnisch-Oberschlesien, das Recht auf Zurückziehung der fremden Truppen im Saargebiet aufgegeben. „Sie,“ so ruft der Redner den Deutschnationalen zu, „erfüllen in viel stärkerem Maße als wir. Wir haben unseren Weiber gefunden!“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

Die italienische Regierung hat uns gestern ein Aide-memoire überreicht, in welchem sie darauf hinweist, daß sie keinerlei Notwendigkeit sehe, irgendwelche Gegenmaßnahmen gegen die militärische Aktion Jugoslawiens zu ergreifen. Die Note betont Italiens Friedenswillen. (Zuruf des Genossen Thälmann: Die Tatsachen in Albanien sagen etwas anderes!) Ich bedauere die hier geäußerte Meinung des Ministeriums, denn wir haben alle Verantwortung, die nur offiziell gegebenen Erklärungen einer Regierung nicht in Zweifel zu ziehen.



Chamberlain: „Der Stern paßt nicht an unseren Himmel...“

B  
DDA  
ater  
bildbühne  
vorstellung  
1/2 Uhr  
1/2 Uhr  
4  
rger Str. 8  
Radio  
de 3091  
Bahnhof-  
straße 11  
er- und  
lung 3086  
no Bildlase  
karten  
größtenteils  
3093  
ptstr. 29  
m aller Ari  
3093  
k  
Nachf.  
Annahme  
84 3040  
Lohmann  
3090  
illwaren  
auswestrafe  
mer Gorbien  
3086  
rucostwig  
Stimmen  
3097, 7 1567  
ahnhofstr. 4  
n. 3097  
hofstr. 6  
Konfektion  
3068  
ptstraße 5  
Trikotagen  
3091  
DORF  
amm  
bäckerei  
3075  
gu, Fabrik  
getränke  
EXLER  
der Exportier  
mittel aller Art  
3011  
tzsch  
ren, Polze  
3090  
mpfich  
3091  
ubert  
aufaktur-  
konfektion  
3093  
mann  
ngeschäft  
3092  
d-Erbsdorf  
ale: Groß-  
mannsdorf  
3090  
uhoffstr. 33  
prie, Photo-  
graphie  
3090  
Geschäft  
tergasse 4